

Lübeck, 23.04.2013

Antrag eines Ausschuss-Mitgliedes

Bereiche:
2.021 - Fachbereichs-Dienste

Bearbeitung: Christiane Nimz (E-Mail: christiane.nimz@luebeck.de Telefon: 122-6401)

Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Hartz IV - und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger - Antrag des AM Klinkel vom 22.04.2013

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.05.2013	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Das Ausschussmitglied Rolf Klinkel beantragt:

Der Sozialausschuss möge beschließen:

Der Sozialausschuss der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck bittet:

1. Die Bundesregierung, die Bundestagsfraktionen, die Schleswig-Holsteinische Landesregierung und die Lübecker Bundestagsabgeordnete sich dafür einzusetzen, dass Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II und dem SGB XII die Kosten für Verhütungsmittel nicht mehr selbst bezahlen müssen.
2. Die Schleswig-Holsteinischen Landtagsfraktionen und die Lübecker Landtagsabgeordneten, sich bei der Landesregierung für die Einrichtung eines Fonds einzusetzen, der die Kosten für Verhütungsmittel für Schleswig-Holsteinische Einwohnerinnen und Einwohner mit geringen Einkommen (Hartz IV, Sozialhilfe- und Wohngeldleistungen) übernimmt.
3. Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung sich dafür einzusetzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Empfängnisverhütungsmittel wieder von den Krankenkassen übernommen werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Anlagen :
Entfällt

Ausschussmitglied